



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Frankreichs Kriegsziel

Bainville, Jacques

Hamburg, 1939

2. Kapitel: Das Wesen des Friedensvertrages

[urn:nbn:de:hbz:466:1-74607](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-74607)

2. Kapitel

Das Wesen des Friedensvertrages

Am 3. Juli 1919 forderte Lloyd George das Unterhaus auf, den Vertrag von Versailles zu ratifizieren. Er setzte die Gründe auseinander, aus denen das englische Parlament den Frieden billigen müsse. „Ich fordere jeden auf“, sagte er, „in irgendeiner der Hauptbestimmungen einen einzigen Zug von Ungerechtigkeit oder eine Entscheidung nachzuweisen, die ein vollkommen unparteiischer Gerichtshof nicht genau in dem gleichen Sinne getroffen hätte wie der Oberste Rat, der während eines halben Jahres in Paris tagte und alle Klauseln auf das gewissenhafteste geprüft hat.“ Das englische Parlament ratifizierte.

Diesem Friedensvertrag war weiter nichts vorzuwerfen, als daß er vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus trefflich war, und infolgedessen ebenso verständig wie gerecht. Andere Verträge waren politische Verträge. Dieser war ein moralischer Vertrag. Es war moralisch, daß Deutschland entwaffnet wurde und daß es an Gebiet dasjenige verlor, was es andern, nichtdeutschen Völkern entrissen hatte, und nur das. Es war ein Gebot der Moral, sogar im höchsten Grade, daß die Kriegsschuldigen abgeurteilt wurden, Wilhelm II. an ihrer Spitze; allerdings trifft es zu, daß das unterblieben ist. Es war moralisch, daß Deutschland seiner Flotte und seiner Kolonien beraubt wurde. Es hätte sie nur mißbraucht, wenn es sie behalten hätte: „Das hätte bedeutet, die Herrschaft der Ungerechtigkeit in der Welt aus-

zudehnen und den Deutschen neue Gelegenheiten zu bieten, auch in Zukunft Böses anzurichten." Schließlich war es moralisch, sogar doppelt moralisch, daß Deutschland gezwungen wurde, zu zahlen; einmal, weil es die Schäden wiedergutmachen mußte, die es andern zugefügt hatte, zum andern aber, weil das deutsche Volk begreifen sollte, daß der Krieg ein schlechtes Geschäft ist, das nichts einbringt. Auf diese Weise sollte dieser Friedensvertrag, der wie ein Gerichtsurteil abgefaßt war, noch den Vorteil in sich bergen, den Verurteilten zu bessern. „Ich hoffe“, fuhr Lloyd George fort, „daß Deutschland begreifen wird, daß seine Niederlage zu seinem Heil geführt hat, indem sie es vom Militarismus, von den Junkern und von den Hohenzollern befreit hat. Deutschland hat einen hohen Preis für seine Befreiung bezahlt. Ich meine, es wird zu der Überzeugung kommen, daß dieser Preis nicht zu hoch war. In dem Augenblick, in dem Deutschland zu dieser Überzeugung gelangt ist, wird es würdig sein, in die Liga der Nationen einzutreten.“

Diese Rede Lloyd Georges weist neben ihrer Klarheit ebensoviel Dunkel auf. Sie übergeht offensichtlich die Vorteile mit Schweigen, die Großbritannien aus dem Siege gezogen hat, insbesondere, daß es von einer furchtbaren Konkurrenz zur See befreit ist. Anscheinend wurden diese Vorteile von der Masse der Engländer so deutlich empfunden, daß es für Lloyd George nicht nötig war, sie zu betonen. In Frankreich dagegen zählten Clemenceau und seine Mitarbeiter, um die Zustimmung des Landes und die Ratifizierung durch unsere Kammern zu erlangen, immer wieder unsere Gewinne auf: Elsaß-Lothringen, frei von jeder Belastung, an Frankreich zurückgegeben, das Eigentumsrecht an den Saargruben, Marokko von den Einschränkungen unserer Herrschaft befreit. Das läßt den großen Unterschied zwischen den Engländern und uns erkennen. Das, was bei

ihnen nicht gesagt werden mußte, weil ihr Gewinn offensichtlich und greifbar war, mußte bei uns bewiesen werden und trotzdem war niemand zufrieden. Aber der Unterschied zwischen England und Frankreich ging noch tiefer. In bezug auf die Garantie des Friedens durch die Besetzung des linken Rheinufers vertraten die französische und die englische Regierung zwei einander nahezu entgegengesetzte Thesen; unsere Unterhändler sprachen von einer 15jährigen Besetzung, die verlängert werden konnte, wenn Deutschland seine Verpflichtungen nicht innehielt; Lloyd George dagegen sprach von einer Besetzung, die ziemlich langfristig erscheinen könne, die aber eine Abkürzung zuließe, da die Besetzungsfrage im gegebenen Augenblick einer neuen Prüfung unterzogen werden könne.

So hatte es Lloyd George vielleicht nötig, für den Friedensvertrag, den er nach Hause brachte, zu plädieren. Aber sein Bestreben, für den Friedensvertrag zu werben, richtete sich nur auf den puritanischen Liberalismus. England war mit Vorteilen überhäuft worden, und zwar schon seit dem Waffenstillstand, seit die deutsche Flotte auf englischen Reeden lag. England hatte nicht einmal mehr das Bedürfnis, an seine Kriegsgewinne zu denken. Es hatte sie sofort bekommen. Sie waren in seinen Besitz übergegangen. Es ließ sich die Gewinne ohne Skrupel und Gewissensbisse schmecken, die ihm dieser „gerechte“ Frieden gewährt hatte — so gerecht, daß er im Laufe der Rede von Lloyd George einen fast immateriellen Charakter annahm.

Den besitzt er auch, und zwar in dem vollen Umfange, in dem er kein politischer Friedensvertrag ist. Ohne Zweifel pflegen die Urheber eines Vertrages die Gründe nicht öffentlich auszusprechen, warum sie diese oder jene Lösung vorgezogen haben. Wenn es sich gar um Verbündete handelt, die nach erlangtem Siege ihre verschiedenen Interessen ver-

folgen, so liegt es noch näher, diese Hintergründe zu verschweigen. Dafür ist die Sprache des Idealismus wie geschaffen; so floß sie ja auch schon von den Lippen der Sieger von 1815. Wir wissen heute, welches die Berechnungen, die Sorgen, die Differenzen jener Alliierten eines anderen Jahrhunderts waren. Jetzt sind wir über die Friedenskonferenz von 1919 kaum weniger unterrichtet als über den Wiener Kongreß. Die Enthüllungen sind diesmal sehr schnell gekommen. Indessen, was wurde enthüllt, was nicht vollkommen klar gewesen wäre? Der Vertrag von Versailles selbst spricht deutlicher als alles andere. Die Seeinteressen Großbritanniens waren, dank der Führung durch einen mächtigen Instinkt, dank der Tradition der britischen Admiralität und des Foreign Office und dank der Gunst der Lage auf der Stelle und ohne jede Diskussion befriedigt worden. Der Rest des Friedensvertrags war von keiner Gesamtanschauung bestimmt. Dieser Rest — das war allerdings die Errichtung eines neuen Europa! Im Obersten Rat berief sich Clemenceau auf die Ansprüche und auf die Opfer Frankreichs. Er berief sich mit Energie darauf, aber mit einer etwas sturen Energie, indem er stets diejenigen Entscheidungen unterstützte, die die größte Härte gegen Deutschland enthielten, ohne daß er damit den Bannkreis der Ideen durchbrochen hätte, in den ihn seine beiden Partner einschlossen, wobei er übrigens an diese Ideen kaum glaubte, ohne freilich mehr an irgendwelche anderen zu glauben. Auf diese Weise gelang es ihm höchstens, bei Lloyd George und dem Präsidenten Wilson den Eindruck zu erwecken, als ob Frankreich „eine nervöse Furcht“ bei dem Gedanken empfinde, daß es sich nach dem Abzug der Engländer und der Amerikaner Deutschland allein gegenübersehe¹. Um Frankreichs — wie der englische

¹ Aus der Rede Lloyd Georges über den Friedensvertrag v. 3.7.1919.

Premierminister etwas von oben herab sagte — „legitime“ Besorgnisse zu mildern, hatten England und Amerika versprochen, im Fall eines „nicht gerechtfertigten Angriffes“ ihm wieder zur Seite zu stehen. Das war die im letzten Augenblick dem Vertrag von Versailles hinzugefügte „Garantie.“

Das war eine wunderliche Kindlichkeit von Männern, die schließlich mehr als gereift waren. Stellten sie sich denn vor, daß die Dinge genau so wiederkehren würden, wie sie sie sich abspielen sahen? Daß es noch einmal eine Emscher Depesche oder einen ermordeten Erzherzog geben werde und daß Deutschland Frankreich mit offenem Visier wie 1870 und 1914 angreifen werde? Dann gaben sie damit zu, daß sie Europa im selben Zustande gelassen hätten wie am Tage des Kriegsausbruches. Hier wäre vielleicht für die französischen Unterhändler Gelegenheit gewesen, die Unvollkommenheit des Friedensvertrages nachzuweisen und einen anderen Plan für eine europäische Regelung zur Sprache zu bringen. Der Rückgriff auf die Garantie — was auch immer das Schicksal dieser Abmachungen und was ihr praktischer Wert sein mag — zeugt jedenfalls gegen einen Frieden, dem man nicht die Fähigkeit zutraute, aus eigener Kraft zu bestehen, und der das Gesicht der Welt so wenig verändert hat, daß er dazu zwingt, den Fall ins Auge zu fassen, daß der Krieg unter denselben Bedingungen wiederkehre.

*

Verfaßt von Bibelleseern für Bibelleser, war der Vertrag von Versailles aber auch unter der Mitarbeit von Sachleuten entstanden, die man heute „technische Sachverständige“ nennt. Die Bestimmungen, die sich auf den Handel, auf Zölle, auf Eisenbahntarife, auf die Flußschiffahrt usw. beziehen, waren Gegenstand besonderer Sorgfalt. Spezialisten aus allen verbündeten Ländern, die in diesen Fragen

Bescheid wußten und während des Krieges über die Bedingungen nachgegrübelt hatten, die Deutschland nach seiner Niederlage auferlegt werden sollten, wurden befragt und aufgefordert, die wirtschaftlichen Klauseln des Vertrags zu redigieren. Nach der allgemeinen Überzeugung unserer Zeit ist nichts wichtiger als die Wirtschaft, und es gibt auf diesem Gebiet ein Spezialistentum, dem in unserm wissenschaftlichen Zeitalter die Staatsmänner eine unterwürfige Ehrerbietung erweisen.

Wahrscheinlich haben die gelehrten Spezialisten und die zuverlässigen Experten der Friedenskonferenz in den Vertrag von Versailles raffinierte und wohlabgestimmte Klauseln eingefügt, die geeignet sind, die Konkurrenz des Deutschen Reiches unwirksam zu machen. Man hat uns auseinandergesetzt, daß diese Klauseln vor allem in bezug auf Frankreich nicht nur den Frankfurter Frieden völlig auslöschen, sondern unserm Lande eine solche Überlegenheit und solche Vorteile verschaffen, daß es nur auf seine eigenen Fähigkeiten und seinen Willen ankommt, um seinen Industriellen und Kaufleuten eine bevorrechtigte Stellung in der Welt zu verschaffen; alles sei so vorgesehen und eingerichtet, daß die Erzeugungskraft Deutschlands der französischen Wirtschaft diene, während es früher umgekehrt gewesen sei.

Diese Kapitel des Vertrags von Versailles, die ohne Zweifel vorzüglich ausgearbeitet sind, werden so lange in Geltung sein und Wert besitzen wie der Vertrag selbst. Ebenso erging es ja den entsprechenden Kapiteln des Frankfurter Friedensvertrages, der so geschickt abgefaßt war, um Deutschland zu begünstigen. Wir hegen auch die Hoffnung, daß Frankreich die erforderliche Organisationskraft und den Geist der Folgerichtigkeit besitzt, damit dieser Teil des Vertrages kein toter Buchstabe bleibt. Was wir zeigen wollten, war nur, daß diesem Teil des Friedensvertrages weder die

Überlegung noch die Sachkunde gefehlt haben, während seine allgemeinen und entscheidenden Bestimmungen, von denen der Fortbestand und der Erfolg aller anderen abhängen, von Männern festgesetzt wurden, die nicht aus der Erfahrung schöpften, die den einzigen „technischen Sachverstand“ auf dem Gebiet der Politik darstellt, sondern nach den oberflächlichen Grundsätzen einer demagogischen Doktrin handelten. Die Festlegung der neuen Grenzen z. B. war sehr angesehenen Geographen und Ethnographen übertragen, auf die man volles Vertrauen setzen konnte und die gewiß bei der Durchführung ihrer Aufgabe höchstens unbedeutende Irrtümer begangen haben. Was dagegen den Plan angeht, nach dem die Staaten zugeschnitten und modelliert wurden, so genügt es, einen Blick auf die Karte des neuen Europa zu werfen, um zu bemerken, daß er nur durch den Geist der Laune und des Widerspruchs oder vielmehr durch den Zufall der Sympathien bestimmt worden ist, wenn nicht durch den Zufall der Diskussionen zwischen den Alliierten. So hat bekanntlich der Oberste Rat, nachdem er einen Nationalitätenstaat wie Österreich-Ungarn als ein lebensunwürdiges Gebilde bezeichnet hatte, sich alsbald darangemacht, in Gestalt der Tschecho-Slowakei ein neues Österreich-Ungarn zu schaffen, in dem sich sechs von den acht Nationalitäten finden, die das alte umfaßte. Es dürfte keinen Grenzpfahl des tschecho-slowakischen Staates geben, der nicht nach streng wissenschaftlichen Grundsätzen festgesetzt worden ist. Wie lange freilich diese Grenzen ihren jetzigen Verlauf behalten werden und welche Aussichten sie haben, überhaupt bestehen zu bleiben — das zu wissen, war allerdings nicht die Aufgabe dieser wissenschaftlichen Landvermesser.

So sind die Einzelheiten des Vertrages eine Arbeit von Experten und technischen Sachverständigen. Das Ganze, die großen Linien sind dagegen ein Werk von Dilettanten. Daher rühren zwei seiner beherrschenden Züge: erstens ein betonter moralischer Charakter; denn es ist leicht, moralische Gemeinplätze an die Stelle der politischen Erwägung zu setzen, die eine geistige Anstrengung und eine besondere Vorbereitung erfordert. Zweitens ein „ökonomischer Charakter“, der nicht weniger betont ist und sich vorzüglich mit dem puritanischen Moralismus verträgt. Diese Verknüpfung ist nicht neu. Hier hat sie die Wirkung gehabt, jede echte politische Erwägung zu beseitigen. Die berühmte Londoner Zeitschrift „Economist“ schließt einen Aufsatz vom 5. Juli 1919 über den Wert des Vertrags von Versailles mit den Worten: „Der Deutsche ist nicht von Natur kriegerisch. Aber er muß erst lernen, daß der Krieg sich nicht rentiert. Die neuen Staaten haben diese Lektion auch noch zu lernen; es ist die Aufgabe der Liga der Nationen, sie darin zu unterweisen.“

Diese wunderbaren Vereinfachungen dürfen nicht überraschen. Regelte der Präsident Wilson nicht das Schicksal der Welt in 14 Punkten? Predigte Lloyd George nicht in der nonkonformistischen Kirche seines wallisischen Heimatdorfes? Beschränkte sich für Clemenceau die österreichische Frage nicht darauf, daß er sicher war, daß Graf Czernin gelogen habe¹? Die Friedenskonferenz war in Wirklichkeit ein Konzil. Nachdem ein für allemal eine Verständigung darüber erzielt war, daß die Freiheit der Meere, die deutschen Kolonien und die deutsche Flotte nicht mehr erwähnt werden würden, haben die Hauptunterhändler, gestützt auf ihr

¹ Czernin hatte — aller Wahrscheinlichkeit nach guten Glaubens — die Echtheit der Sixtus-Briefe bestritten. Näheres bei Wilhelm Ziegler, Volk ohne Führung. S. 173 ff. D. U.

Heer von Experten und Sachverständigen, die ihnen über die Spezialfragen Denkschriften und Lösungsvorschläge einreichten, ein neues Europa aufgerichtet. So ging aus dem manchmal von Stürmen unterbrochenen Schweigen, das der Oberste Rat um sich verbreitet hatte, der wichtigste der Friedensverträge, der von Versailles, hervor, der den andern Verträgen zum Vorbild diente: so entstand das Monstrum, das wir heute sehen.

*

Inmitten Europas blieb ein Deutschland übrig, das ungefähr um hunderttausend Quadratkilometer verringert war, auf diesem beschränkten Gebiet aber noch 60 Millionen Einwohner, d. h. ein Drittel mehr als Frankreich, vereinigt hat. Das Werk Bismarcks und der Hohenzollern war in seinem wesentlichen Bestande respektiert worden. Die deutsche Einheit war nicht nur aufrechterhalten, sondern gestärkt worden. Die Alliierten hatten ihren Willen bekundet, nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzugreifen. Sie haben trotzdem eingegriffen. Alle ihre Maßnahmen hatten das Ergebnis, den heutigen Bundesstaat zu zentralisieren und die früheren Siege Preußens zu bestätigen. Wenn es unter der deutschen Bevölkerung autonomistische oder föderalistische Bestrebungen gegeben hatte, so waren sie erstickt worden. Der Vertrag zwang, sperrte und pferchte 60 Millionen Menschen in die verengerten Grenzen hinein. Das bedeuten die Worte: „und Deutschland andererseits“, auf Grund deren die beiden deutschen Delegierten am 28. Juni 1919 in Versailles den Vertrag unterzeichneten.

Am Eingang der Spiegelgalerie waren Müller und Bell, schwarz gekleidet, vor den Vertretern von 27 Völkern erschienen. Am selben Ort, unter denselben Gemälden, war 48 Jahre früher das deutsche Kaiserreich proklamiert wor-

den. Deutschland kehrte hierher zurück, um sich zugleich schuldig und legitim, unverleßlich und verbrecherisch erklärt zu hören. In seiner Verurteilung erhielt es zugleich seine feierliche Anerkennung. Dachten Müller und Bell, die obskuren Delegierten eines besiegten Deutschland, daran, was die Niederlage als wesentlichen Bestand übriggelassen hatte? Vielleicht war es für viele der Beisitzer und Richter eine Wollust, das furchtbare Reich Wilhelms II. in der Person eines sozialistischen Intellektuellen und eines Provinz-anwalts erniedrigt zu sehen. Die schroffe Stimme Clemenceaus fügte der Erniedrigung hinzu: „Wohlverstanden, meine Herren deutschen Delegierten, alle die Verpflichtungen, die Sie jetzt unterzeichnen werden, müssen uneingeschränkt und loyal erfüllt werden.“ Uns klingt dieser schneidende Ausspruch noch in den Ohren und ebenso die beiden mark- und klanglosen „Ja“ aus dem Munde von Müller und Bell, die sich wie Automaten vom Chef des Protokolls vorführen ließen. Eine schwache Stimme und eine hinfällige Bürgschaft! Welche Sicherheit konnten Müller und Bell geben? Der Vertrag von Versailles setzte Kräfte in Bewegung, die bereits dem Willen seiner Urheber entglitten.

„Der Friede ist zu milde für das, was er an Härten enthält.“ Diese Kennzeichnung haben wir dem Friedensvertrag gegeben, sobald er bekanntgeworden ist. Man wird sehen, daß diese Kennzeichnung richtig ist und daß die Erfahrung sie bestätigt. Der Vertrag nimmt Deutschland alles, außer der Hauptsache, dem politischen Dasein als Staat, aus dem alle anderen Kräfte hervorgehen. Die Urheber des Vertrages meinten Deutschland die Mittel zu entziehen, mit denen es wie 1914 Schaden anstiften konnte. Sie ließen ihm aber das wichtigste dieser Mittel; das, das ihm gestattet, die andern wiederherzustellen, den Staat, den Einheitsstaat, der über die Hilfsquellen und Kräfte von 60 Mil-

tionen Menschenwesen verfügt und der zum Werkzeug ihrer Leidenschaften werden wird.

Der Friedensvertrag läßt diese Hilfsquellen und Kräfte in den Händen einer einzigen Regierung, die vorgestern durch Müller und Bell repräsentiert wurde, hinter der gestern Hugo Stinnes stand, und deren nächste Gestalt und Namen wir noch nicht kennen, die aber immer der Erbe des preußischen Staates ist. Und was die Leidenschaften angeht, Nationalleidenschaften, menschliche Leidenschaften, natürliche und physische Antriebe des deutschen Volkes, so enthält der Friedensvertrag alles, wessen es bedarf, um sie aufs äußerste zu reizen.

Die Garantie, die die Schöpfer des Vertrages zu bieten wähten, besteht in der Abrüstung. Der Gedankengang der Urheber des Friedensvertrages war folgender: der Besitz außerordentlicher militärischer Stärke hat Deutschland zum Krieg und zur Eroberung getrieben. Ein Deutschland, das nur noch das Recht haben wird, 100.000 Mann unter den Fahnen zu halten, gerade genug, um die Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten, wird friedliebend sein und keine Neigung zum Angriff haben. „Die deutsche Armee“, so sagte Lloyd George, „war der Schlußstein der preußischen Politik. Man muß sie auseinandertreiben, sie auflösen, sie entwaffnen, ihr die Möglichkeit nehmen, sich von neuem zu versammeln und die Ausrüstung einer ähnlichen Armee unmöglich machen.“ Das werde genügen. Deutschland werde dann nicht mehr Deutschland sein.

Eine kümmerliche, eines Staatsmanns unwürdige Überlegung!

Napoleon hat den gleichen Gedanken in bezug auf Preußen gehabt, und man könnte es sonderbar finden, daß Wilson, Lloyd George und Clemenceau den Irrtum dieses Ursolda-

ten wiederholten, wenn nicht Napoleon seine Weltanschauung aus der Aufklärung des 18. Jahrhunderts geschöpft hätte, also aus der gleichen Quelle wie die Staatsmänner von Versailles.

Aber die Natur Preußens selbst als eines Landes der Kolonisation und der Eroberung hat den preußischen Militarismus hervorgebracht. Die Ritter des Deutschen Ordens waren den Hohenzollern vorangegangen. Sie haben ihnen eine Notwendigkeit und zugleich das Werkzeug zu ihrer Überwindung hinterlassen. Bei unsicheren und stets vom Deutschtum und Slawentum umkämpften Grenzen, in einem Land ohne natürliche Schranken, das allen Winden offenliegt, ist die militärische Stärke eine Notwendigkeit. Der „Heimatschutz“ hat sich unter unseren Augen als eine fast unwillkürliche Schöpfung gebildet, gleichsam ein Deutscher Orden des demokratischen Zeitalters. Die Überreste der alten kaiserlichen Armee, die Banden, die sich der Entlassung entzogen, haben ihre Zuflucht in den Grenzgebieten gefunden, im westlichen und im östlichen Preußen. Vielleicht sind neue Formen des Militarismus im Entstehen begriffen. Es wird nur der Gelegenheit und des Mannes bedürfen, um diesen Militarismus in Bewegung zu setzen. Wenn Stein und Scharnhorst eine preußische Armee nach neuen Grundsätzen geschaffen haben, so hatte der Major Schill die Aufgabe, den kriegerischen Geist wiederzuerwecken. Nach Jena war Preußen zwar entwaffnet, aber der preußische Staat bestand fort. In fünf Jahren hatte er wieder ausgerüstet. Die Verbote des Siegers waren bis zu dem Tage umgangen oder verlezt worden, wo die preußische Armee dank günstiger Umstände die gleiche Legitimität besaß wie der preußische Staat.

Deutschland ist das Preußen von heute. Der Vertrag von Versailles hat Preußen und Deutschland zu einer Einheit

verschmolzen. Was Preußen zu spüren bekommt, muß Deutschland mitempfinden. Die Abrüstung, die der Vertrag von Versailles befiehlt, ist eine noch schwächere Bürgschaft als die, die Napoleon erwirkt hatte — und das, obwohl Napoleon in Berlin einmarschiert war. Man darf dabei nicht vergessen, daß der preußische Militarismus, ehe er eine europäische Gefahr wurde, eine deutsche Gefahr gewesen ist. Bis zum Jahre 1866, in dem der preußische Militarismus die Widerstände gebrochen hat, fand er seine Grenzen oder zumindest ein Gegengewicht in der Verfassung Deutschlands selbst, im Gleichgewicht der Kräfte und den Lebensformen, die das Ergebnis des Bundesystems waren. Im Jahre 1813 verfügte der Militarismus nur über die Hilfsquellen des friderizianischen Preußens, im Jahre 1870 über die Hilfsquellen des Bismarckschen Preußens. Bei seiner Wiedergeburt wird er über die Kräfte des ganzen Deutschen Reiches verfügen, so wie es der Vertrag von Versailles anerkannt und feierlich bestätigt hat.

Der Friedensvertrag hat die deutsche Einheit bewahrt und verstärkt. Darin liegt das, was wir seine Milde nannten. Dieses wesentliche Zugeständnis erschwert nicht nur die Schwierigkeiten für die Überwachung der Abrüstung. Wir wiederholen, daß das Vorhandensein des Staates als politischen Machtzentrums alle anderen Kräfte hervorbringt und daß ein Staat von 60 Millionen Menschen, der menschenreichste West- und Mitteleuropas, damit bereits jetzt politische Macht besitzt. Früher oder später wird sich Deutschland versucht fühlen, davon Gebrauch zu machen. Es wird sogar durch die gerechten Härten dazu getrieben, die die Alliierten ihm in anderen Teilen des Friedensvertrages auferlegt haben. Alles ist dazu angetan, 60 Millionen Deutsche fühlen zu lassen, daß sie gemeinsam und unzertrennlich ein schmerzhaftes Schicksal erfahren haben. Und alles ist dazu angetan,

um in ihnen den Wunsch und die Fähigkeit zu erwecken, sich davon zu befreien; gerade ihre Fesseln werden ihnen dabei als Ansporn dienen.

*

Was mag das Schmerzhafte für die besiegten Deutschen sein? Was mag sie am meisten anspornen, ihre Befreiung anzustreben? Die Gebiete, die sie verlieren oder die Wiedergutmachungszahlungen, die sie schulden? Beides, und zwar im gleichen Grade und aus dem gleichen Grunde. Die verlorenen Provinzen verknüpfen sich für sie mit dem zu zahlenden Gelde, und ein Badener fühlt sich ebenso wie ein Sachse daran interessiert, Oberschlesien zu behalten, da beide Staatsbürger des gleichen, einheitlichen Landes sind. Unter dem Vorwande, daß damit die Kreditwürdigkeit größer sei, hat der Vertrag alle Deutschen solidarisch für die Schuld haftbar gemacht. Damit hat man sie auch im Protest solidarisch gemacht. Schlesien, Posen, Danzig waren Eroberungen Preußens, die noch vor einem halben Jahrhundert nur die echten Preußen interessierten. Ihr Verlust aber wird von einem Stuttgarter oder Münchner im gleichen Maße empfunden, weil sich der Stuttgarter oder Münchner sagen wird: „Württemberg oder Bayer, ich besitze und ich schulde genau so, wie wenn ich Preuße wäre. Unsere Aktiven und unsere Passiven sind dieselben. Alles, was man Preußen nimmt, nimmt man Deutschland. Man nimmt es mir weg. Was wir uns wieder holen, holen wir für uns alle wieder.“ Und es sind 60 Millionen, die so denken, Menschen, die sich an der Kette der Reparationszahlungen wund gerieben haben, die aber ihre Stärke immer deutlicher fühlen werden, je mehr die Zeit fortschreitet. Denn der Vertrag gibt ihnen eine gemeinsame Verpflichtung, ein gemeinsames Interesse und — einen gemeinsamen Staat als Sammelpunkt aller Hoffnungen mitten in der Verzweiflung. Während mehr als

eines Menschenlebens müssen die Deutschen den Alliierten Tribut zahlen. Den größten Teil des Tributes müssen sie den Franzosen zahlen, die um ein Drittel weniger sind als sie: 40 Millionen Franzosen haben 60 Millionen Deutsche als Schuldner, deren Schuld nicht vor Ablauf von dreißig Jahren, vielleicht eines halben Jahrhunderts, bezahlt werden kann. Kinder, die noch nicht geboren sind, die den Krieg nur vom Hörensagen kennen werden, nur in Gestalt einer Legende, deren Charakter sich bereits erraten läßt („wir sind nicht besiegt worden“), werden in das Mannesalter eintreten und noch immer vom Erzeugnis ihrer Arbeit vorweg ihren Anteil an den Wiedergutmachungszahlungen leisten müssen. Welche Bürgschaften, welche Vorsichtsmaßregeln hätte diese ungeheuerliche Schuld erfordert! Mindestens die eine, daß man diese Millionen von Geschöpfen nicht an dieselbe Kettenfugel angeschmiedet hätte, mit einer einzigen Regierung, morgen vielleicht mit einem einzigen Führer an ihrer Spitze, der sie lehren wird, ihre Kette zu brechen.

Bitte, betrachten Sie jetzt die Karte des neuen Europa, wenn sie in dem Augenblick, wo dieses Buch Ihnen unter die Hände kommt, nicht bereits zerrissen ist und in mehreren ihrer Teile eine völlige Umwälzung erfahren hat. Deutschland hat erhebliche Gebietsverluste erlitten. Wir haben eben bereits erwähnt, daß es ungefähr hunderttausend Quadratmeter, das heißt ein Fünftel seiner Oberfläche, verliert. Aber wo verliert es sie? Vor allen Dingen im Osten, an seiner polnischen Grenze. Elsaß-Lothringen, Eupen und Malmédy, der Streifen von Nordschleswig: das sind leichte Amputationen im Vergleich zu denen, die das Reich im Osten erlitten hat. Dem jungen und schwachen polnischen Staat mußte es die Provinz Posen zurückgeben. Es steht

jetzt¹ unter der Drohung, ihm Oberschlesien zurückgeben zu müssen. Und Danzig bildet den Ausgang des Korridors, der in Zukunft Ostpreußen vom übrigen Preußen trennt, genau wie im 18. Jahrhundert, zu der Zeit, wo das Königreich Friedrichs II. nur ein „Königreich aus Grenzrainen“ war, wie Voltaire spottete. Die Verbündeten haben Deutschland nicht zerschlagen, sie haben es nicht einmal föderalisiert. Sie haben erklärt, daß man die geschichtliche Entwicklung nicht umkehren könne. An einem Punkte haben sie es doch getan. Und an welchem Punkte! Königsberg, die Stadt Kants, die Stadt, wo der erste König von Preußen sich selbst die Krone aufs Haupt gesetzt hat! Der ehemalige preußische Staat, so schwach er war, so ungünstig die Lage seiner Gebiete sein mochte — „drei Ambosse, auf die drei Hämmer schlagen“ —, hat nicht geruht, bis Königsberg an das übrige Preußen angeschweißt und der Polnische Korridor geschlossen war. Und der Vertrag von Versailles hat Ostpreußen wieder zu einer Insel gemacht, während er ein großes Preußen-Deutschland bestehen ließ! Im folgenden Kapitel werden wir die psychologischen und politischen Wirkungen dieser halben Maßnahme prüfen, die so verhängnisvoll unbedacht war.

Man kann also nicht sagen, daß der Friedensvertrag Deutschland nicht zerstückelte. Er zerstückelte es in einschneidender Weise im Osten, an einem besonders empfindlichen Punkt, und völlig außer der Reichweite der Alliierten. Er zerstückelte Deutschland zugunsten Polens, dessen Bevölkerungszahl nur ein Drittel derjenigen Deutschlands beträgt und dessen Stärke nicht einmal auf den zwanzigsten Teil der Stärke Deutschlands geschätzt werden darf, wenn man die inneren Schwächen des polnischen Staates und seine ge-

¹ D. h. im Jahre 1920; die Abstimmung in Oberschlesien fand am 20. März 1921 statt. D. U.

fährdete Lage in Betracht zieht. Blicken Sie bitte noch einmal auf die Karte des Europa von Versailles; sie ist sprechend. Inmitten Europas wie ein böses Raubtier zusammengekauert, braucht Deutschland nur eine Tasse auszustrecken, um die ostpreussische Insel aufs neue mit sich zu vereinigen. In diesem Bild kann man das kommende Unheil Polens und Europas deutlich erkennen.

Allenfalls kann man behaupten, daß die deutsche Einheit an der Westgrenze, wo sie durch Frankreich und Deutschland und mit Abstand durch die englisch-amerikanische Garantie in Schranken gehalten wird, nicht mehr gefährlich sei, oder daß die Gefahr gering, ungewiß und leicht zu bannen sei. Vielleicht . . . Immerhin ist die Erprobung dieser Behauptung gefährlich genug. Denn diesem Deutschland, das jederzeit fähig ist, wieder ein mächtiger Staat zu werden, müssen wir soviel Lasten, soviel Verpflichtungen auferlegen, die es ungeduldig ertragen wird! Aber die Schöpfer des Friedensvertrages scheinen nicht daran gedacht zu haben, daß es im Osten keine entsprechende Macht gibt, und daß das gewaltige deutsche Gewicht Europa in diesen Abgrund stürzen kann. Damit die kleinen neugeschaffenen oder wiederhergestellten Staaten im Osten Deutschlands wachsen, sich organisieren, ihre Kinderkrankheiten und ihre Wachstumsrisiken in einer verhältnismäßigen Sicherheit überstehen können, hätte kein ungeheures Deutschland auf ihnen lasten dürfen. Die Nationalitätenpolitik hätte noch mehr als die Gleichgewichtspolitik die Aufteilung Deutschlands erfordert. Kleinstaaten besitzen keine Sicherheit neben einem einzigen Staat, der groß geblieben ist.

Es scheint, daß die Schöpfer des Vertrages geglaubt haben, daß ihnen die Versöhnung des Nationalitätenprinzips mit dem Gleichgewichtsprinzip gelungen sei, da die befreiten Völker des Ostens mit der Aufgabe betraut worden sind,

als Gegengewicht gegen die deutsche Masse zu dienen. Hier ist ein Problem der Mechanik durch eine Metapher gelöst worden, durch das Gleichnis vom „Gürtel“ oder der „Barriere“. Von was ist Deutschland aber „umgürtet“ worden? Von einem Rosenkranz aus lauter kleinen Serbien!

Behalten Sie immer diese seltsame Karte vor Augen! Sehen Sie sich einen Augenblick an die Stelle der Menschen, die diese neuen Staaten bewohnen, und versuchen Sie, wie diese zu denken. Für sie kann Deutschland nur entweder Drohung oder Anziehungspunkt sein. Entweder Unterwerfung oder Kampf; eine mittlere Linie gibt es nicht. Für Polen gibt es überhaupt keine Wahl. Seine Lage zwingt ihm den Kampf auf, und zwar auf Tod und Leben. Wie steht es aber mit dem tschecho-slowakischen Staat? Anstatt daß er das Deutschtum „umgürtet“, wird er vom Deutschtum umgürtet. Das Deutschtum vermag, wenn es will, ihm die Luftzufuhr abzuschneiden, da Handel und Industrie der Tschecho-Slowakei seiner Willkür ausgeliefert sind. Und dann — wir scheuen uns in diesem Buche nicht, Grundtatsachen zu wiederholen, die man sich stets gegenwärtig halten muß —, es gibt drei Millionen Deutsche in Böhmen. Ein Krieg mit Deutschland würde für die Tschecho-Slowakei Selbstmord bedeuten. Für die Prager Regierung ist äußerste Behutsamkeit geboten. Und Behutsamkeit heißt Neutralität. Bedingungslose, absolute Neutralität aber bedeutet bald Unterwerfung.

Weiter im Süden steht es schlimmer. Da liegt Österreich, ein Stück des echten Deutschland, das einzige, das von der deutschen Einheit losgerissen ist. Wenn man Österreich von der deutschen Einheit losriß, so ist kein Grund einzusehen, warum die anderen Teile Deutschlands nur fester an Preußen angeschlossen worden sind. Wenn Wien die Hauptstadt

von Österreich bleibt, so hat es keinen Sinn, daß Bayern und Württemberg ihren Schwerpunkt in Berlin behalten. Sowie man ein unabhängiges Österreich schaffen wollte, hätten auch die anderen Stücke Deutschlands unabhängig werden müssen. Das abgesplitterte Stück liegt in der Reichweite der Hauptmasse. Das bedeutet eine zu große Versuchung für Deutschland, die österreichischen Lande wieder in das deutsche Vaterland aufzunehmen. Und für den Wiener Staat bedeutet es eine zu große Versuchung, sich wieder einer großen und mächtigen Gemeinschaft anzuschließen. Heute ist er für die Welt ein Gegenstand des Spottes oder des Mitleids. Man nennt ihn verächtlich einen Krüppelstaat. Wenn er von anderen Staaten seiner Größe umgeben wäre (er zählt schließlich beinahe ebensoviel Einwohner wie Belgien), wäre es keineswegs lächerlich. Aber diese einzige kleine deutsche Gruppe neben dem deutschen Koloß nimmt niemand ernst. Um bestehen zu können, setzten Polen, die Tschecho-Slowakei und Österreich voraus, daß es neben ihnen kein großes Deutschland gäbe. Das Vorhandensein und die Sicherheit dieser kleinen Staaten forderte andere kleine Staaten. Keine Erwägung dieser Art findet sich im Vertrag von Versailles. Es scheint sogar, daß die Schöpfer des Friedensvertrages keinen Augenblick an diese Gleichgewichtsfragen gedacht haben. Der Vertrag von Versailles ist kein politischer Vertrag.

*

Das Wesen der Politik besteht darin, Voraussicht zu üben. Der Vertrag vom 28. Juni ist durch seinen Mangel an Voraussicht bemerkenswert. Er häuft Schwierigkeiten auf und verschiebt die Lösungen auf später. Er hinterläßt der Zukunft Streitigkeiten und Auseinandersetzungen, nicht nur mit Deutschland, sondern auch zwischen den Alliierten. Wie wird

Deutschland in 15 Jahren aussehen? Wie wird es dann um unsere Bündnisse bestellt sein? Für diesen Zeitpunkt aber ist die Räumung der dritten Zone, des Mainzer Brückentopfes, vorgesehen, wenn Deutschland seine Verpflichtungen innegehalten hat. Wenn es in Verzug geraten ist, wie das bereits der Fall ist, so laufen nach der französischen These die Fristen während dieser Zeit nicht. Wird diese These überall anerkannt werden? Welche Konflikte können daraus entstehen? Aber im Jahre 1935 soll außerdem eine Volksabstimmung darüber entscheiden, ob das Saarbecken an Frankreich oder an Deutschland fällt. Wenn die Volksabstimmung gegen uns entscheidet, muß Deutschland die Gruben bezahlen, zu deren Eigentümern uns der Vertrag macht. Das stellt große Schwierigkeiten in Aussicht. Bis zu welchem Grade werden sie durch den Zustand angewachsen sein, in dem sich dann Europa und Deutschland befinden werden? Wie wird in diesem Augenblick das Verhältnis der Kräfte sein? Wir sind auf Vermutungen angewiesen. Große Probleme sind dem Zufall überlassen geblieben.

Ohne Zweifel mußte ein umfassender Friedensvertrag, der so viele Gegenstände umfaßte wie der von 1919, mancherlei Ungewißheiten in sich bergen. Er mußte „eine fortgesetzte Schöpfung“ werden. Der Westfälische Frieden unterlag gleichfalls dieser Notwendigkeit, obwohl er Frankreich und seinem nordischen Verbündeten, Schweden, ein Recht der Garantie eingeräumt hatte, das übrigens Schweden bald nicht mehr ausüben konnte. Worauf bezog sich aber die Garantie des Westfälischen Friedens? Auf eine verhältnismäßig einfache und klare Sache, auf die Verfassung des deutschen Staatengebildes, das zu beherrschen keine deutsche Macht imstande sein durfte. Dieser Grundsatz war unbedingt. Er war unveränderlich und ließ keine Interpretation zu, die dem Zweifel Raum gegeben hätte. Die Bürgschaft

der Alliierten von 1919 dagegen bezieht sich auf eine Menge von Einzelfragen, die Gelegenheit zu Meinungsverschiedenheiten und zweifelhaften Transaktionen geben: wir haben das in der Kohlenfrage auf der Konferenz von Spa gesehen und wir werden es noch sehen. Dagegen ist der Hauptpunkt, von dem alles andere abhängt, das Gleichgewicht der Kräfte, nicht einmal in Betracht gezogen.

Dieses Versäumnis gibt dem Frieden seinen wichtigsten Charakterzug. Dieser Friede wollte das Gleichgewicht nicht verwirklichen. Die Rücksicht auf die deutsche Einheit hat dazu geführt. Alle anderen Folgen entspringen daraus und werden in Zukunft daraus entspringen. Die schwerste Folge für Frankreich ist die Aufrechterhaltung des bewaffneten Friedens, die den Besitz einer großen Militärmacht für uns unerlässlich macht, sei es um unsere Sicherheit zu wahren, sei es um die Pfänder in Besitz zu nehmen, die bei Nichterfüllung des Vertrages notwendig werden. Die Erfahrung eines Jahres hat bereits gezeigt, daß die Besetzung des linken Rheinuferes nicht ausgereicht hat. Wir haben ein erstes Mal nach Frankfurt einrücken müssen. Die Besetzung des Ruhrgebietes war als Sanktion im Anschluß an Spa notwendig geworden. Man kann sagen, daß der Friedensvertrag von Versailles den ewigen Krieg organisiert.

Der Friedensvertrag hat uns nicht einmal in besonders günstige Bedingungen versetzt, wenn wir Krieg führen müssen. Die Grenze, die er uns gewährt, ist die von 1870. Das ist eine Invasionsgrenze, die im Jahre 1815 zuungunsten Frankreichs gezogen wurde. Die Meinung der Heerführer, die eine strategische Grenze forderten, ist nicht berücksichtigt worden. Darüber wurden die „technischen Sachverständigen“ nicht gehört. Zwei geschichtliche Beispiele beweisen am besten, daß es bei Fragen dieser Art nützlich ist,

auf die technischen Sachverständigen zu hören. Wenn ein Generalstab erklärt: „Hier kann ich die Verteidigung sicherstellen, dort dagegen nicht“, so hat er dafür seine sachlichen Gründe. Als 1866 Österreich Venetien abtrat, hat der österreichische Generalstab die neuen Grenzen der Monarchie festgesetzt. Ergebnis: während dreier Jahre haben schwache österreichisch-ungarische Kräfte ausgereicht, um den Angriffsschwung der Italiener zu brechen, und zweimal sind die Truppen der Mittelmächte von ihren Höhenstellungen und ihren Alpengipfeln auf die Heerstraße der Lombardei vorgestoßen. — Im Jahre 1871 wollte der preußische Generalstab Metz behalten. Er setzte sich durch. Das war der Grund, weshalb wir 1914 nicht einmal Briey verteidigen konnten. Umgekehrt war Bismarck über den Widerspruch Moltkes hinweggegangen und hatte die Pforte von Belfort in unserem Besitz gelassen: Wir sind infolgedessen bereits 1914 in den Sundgau eingedrungen und wurden von dort nicht wieder verdrängt, wie Moltke vorhergesagt hatte.

Da Frankreich mit einem großen Deutschland in Berührung blieb, so hätte es wenigstens einer vernünftigen Grenze bedurft, einer Grenze, die dieser Politik entsprochen hätte. Wir haben sie nicht erhalten. An die Stelle der natürlichen strategischen Gebietsicherheit, die ihrerseits nur ein Ersatz für den Mangel an politischer Sicherheit gewesen wäre, sind juristische Vorsichtsmaßnahmen getreten, Verbote, die Deutschland untersagen, Garnisonen auf dem linken Ufer des Rheins und innerhalb einer Zone von 50 Kilometer Breite auf dem rechten Ufer des Rheins zu unterhalten. Es ist klar, daß diese Klausel ebenso wie die der Abrüstung überhaupt nur soviel wert ist, wie den Umständen und dem Kräfteverhältnis zwischen den Staaten entspricht. So stößt man immer wieder auf das Gleichgewicht der Kräfte, auf das politische Gleichgewicht.

Vielleicht weil er ein Gegner des klassischen Gleichgewichtsprinzips war, hat Präsident Wilson verlangt, daß der Völkerbundspakt dem Vertrag von Versailles und allen anderen Friedensverträgen vorangehe und ihnen übergeordnet sei. Was ist aber die Société des Nations? Das irrealer Gleichgewicht an Stelle des wirklichen Gleichgewichts. Die Société des Nations lehnt einmal das individuelle Gleichgewicht ab, das kein größtmäßiges Mißverhältnis zwischen benachbarten oder Konflikten ausgesetzten Staaten zuläßt. Die Société des Nations lehnt ebenso das Gleichgewicht ab, das man das kooperative nennen könnte und das durch Bündniscombinationen gebildet wird. Die Société des Nations meint beide Arten des Gleichgewichts überflüssig zu machen, indem sie die Aufgabe übernimmt, die Gerechtigkeit zwischen den Völkern herzustellen, dem Rechte Achtung zu verschaffen und die Interessen in Einklang zu bringen. Von dem Tage ab, an dem Deutschland für würdig erklärt wird, in die Société des Nations einzutreten, bedarf nach der Wilsonschen Doktrin der Friede keiner anderen Bürgschaften mehr.

Ein einziger Artikel im Pakt der Société des Nations hatte einen klaren und positiven Sinn. Das war der Artikel 10, durch den die Mitglieder sich verpflichteten, untereinander die Unversehrtheit ihres Gebietes und ihre Unabhängigkeit zu schützen und zu verteidigen. Einzig in ihrer Art hat eine mächtige politische Körperschaft, der Senat von Washington, die Kühnheit und den Freimut gehabt, ganz offen zu erklären, daß sie eine solche Last und Pflicht zurückweise. Die Regierungen und Parlamente, die den Artikel 10 angenommen haben, waren nicht aufrichtig und glaubten sich durch eine so weitläufige Verpflichtung nicht ernstlich gebunden, oder sie haben einfach ihre Tragweite nicht überblickt. Der Senat von Washington hat, indem er den Arti-

fel 10 verwarf, eine Illusion zerstört und der Welt damit einen unermesslichen Dienst erwiesen. Nunmehr muß jedes Volk seinen Weg und seine Politik auf den Grundlagen der gewöhnlichen Erfahrung suchen. Es muß sie inmitten einer umfassenden Verwirrung suchen, die der Vertrag von Versailles nicht allein geschaffen, die er aber zusammen mit seinen Anhängseln, den Verträgen von Saint-Germain, Neuilly, Trianon und Sèvres, bedeutend vergrößert hat.

Mitten in diesem Chaos bleibt die Politik Frankreichs wie vor 1914 durch die deutsche Frage beherrscht. Der Frieden hat sie nicht erleichtert. Wie wird nunmehr die Art unserer Beziehung zu Deutschland sein? Das ist die erste Frage, das eine Ende des Sadens. In diesem Punkte gibt es keinen Zweifel. Es gibt keine Wahl. Wenn wir uns auch der Abhängigkeit von Deutschland entzogen haben, so sind wir doch von der deutschen Frage abhängig geblieben.